



An die
Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur und Medien
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Frau Christina Osei MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/353

A12

31. Oktober 2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie in der zweiten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 27. Oktober 2022 zugesagt übersende ich Ihnen in der Anlage das Manuskript zu meiner Rede zu den medienpolitischen Schwerpunkten der Landesregierung in der 18. Wahlperiode mit der Bitte, es an die Ausschussmitglieder zu verteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Nathanael Liminski

**Rede von
Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Internationales sowie
Medien und Chef der Staatskanzlei,
Herrn Nathanael Liminski**

**„Einführung in die politischen Schwerpunkte
der Landesregierung im Bereich Medien- und
Netzpolitik in der 18.Wahlperiode**

Ausschuss für Kultur und Medien (AKM)

**27. Oktober 2022, 13.30 Uhr
Landtag Nordrhein-Westfalen**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
gestatten Sie mir, dass ich eingangs anhand von
vier Schlaglichtern den Spannungsbogen aktueller
Medien- und Netzpolitik skizziere.

Sanktionen gegen Russland

Schlaglicht 1:

Russland zwingt Europa und der ganzen Welt
nicht nur einen furchtbaren Krieg mit vielen Toten
in der Ukraine auf, sondern auch einen
Informationskrieg.

Das führt uns vor Augen, wie bedeutsam freie
Medien für unser Land sind. Wir müssen sie
sichern und stärken, auch im Sinne einer
langfristigen inneren Wehrhaftigkeit unserer
Gesellschaft. Unabhängiger und vielfältiger
Journalismus ist ein unverzichtbares
Gegengewicht gegen Desinformation und
Verschwörungserzählungen.

Erste Früchte: Im Frühjahr hat die EU in Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängt. Unter anderem hat sie Verbreitungsverbote für verschiedene russische Rundfunksender verhängt, darunter RT und Sputnik.

Gerade als Medienpolitiker meine ich: Solche Verbote dürfen nicht leichtfertig erfolgen. Ich sage auch offen: Das Instrument der Wirtschaftssanktionen ist hier nicht optimal. Aber in diesem Fall bleibt Europa keine Wahl. RT und Sputnik sind vom russischen Staat gelenkte Instrumente der systematischen Desinformation mit dem Ziel, auch unsere Gesellschaft zu destabilisieren.

Lokale Medien in der Pandemie

Mein zweites Schlaglicht: In der Pandemie erlebten wir, dass der Bedarf der Bürgerinnen und Bürger an journalistisch aufbereiteten, verlässlichen Informationen größer war denn je. Gleichzeitig fiel es vielen Medien aber schwer, diesen gewachsenen Bedarf zu monetarisieren.

Teilweise gab es erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wir haben hier als Landesregierung geholfen. Und wir werden das, wenn es krisenbedingt notwendig ist, im Zweifel auch wieder tun.

Die Pandemie hat uns gezeigt, wie zerbrechlich unser Mediensystem ist. Die Medienvielfalt in unserem Land ist keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen hier sehr wachsam sein.

Medienkompetenzförderung

Mein drittes Schlaglicht: Medienkompetenz ist immer in aller Munde, aber nie war Medienkompetenzförderung so wichtig wie heute. Die Mediennutzung ist im Umbruch. Sie ist davon geprägt, dass die Menschen nicht nur lesen, zuschauen oder zuhören, sondern immer öfter selber eine aktive Rolle übernehmen.

Aber: Die Orientierung in der neuen Medienwelt wird immer schwieriger. Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung hier ihr Engagement verstärkt.

Medienwirtschaft in der Pandemie

Mein viertes und letztes Schlaglicht zum Einstieg:

Die Pandemie hat die gesamte Medienwirtschaft direkt getroffen.

Im gewissen Sinne gab es hier eine Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen: Die Gamesbranche hat profitiert. Auch die Nachfrage nach Filmen und Serien war immens.

Aber gleichzeitig waren z.B. Dreharbeiten teilweise schwierig. Wir mussten sie z.B. mit Ausfallfonds gegen Covid 19-bedingte Drehausfälle absichern.

Viele Vernetzungsveranstaltungen konnten gar nicht oder nur digital stattfinden. Das hat den gerade in dieser Branche so wichtigen Austausch deutlich erschwert.

All das hat die gesamte Wertschöpfungskette unter Stress gesetzt. Das spürt die Branche weiter.

Wir müssen weiter dafür arbeiten, dass sie bei uns in Nordrhein-Westfalen ein gutes Umfeld vorfindet, damit sie die Herausforderungen des digitalen Wandels und der vielfältigen Krisen gut meistern kann.

Koalitionsvertrag: Kontinuität und Aufbruch

Diese medienpolitischen Herausforderungen prägen den Zukunftsvertrag von CDU und Grüne. Zum einen signalisiert er Kontinuität und Verlässlichkeit in der Medien- und Netzpolitik. Das ist ein Wert an sich in diesen unsicheren Zeiten. Wir machen deutlich: Die Landesregierung ist ein verlässlicher Partner. Zugleich sind wir offen für Neues.

Medienvielfalt sichern

Ich habe bereits auf die besonderen Herausforderungen hingewiesen, vor die uns die Pandemie und auch der Ukrainekrieg stellen.

Aber auch unabhängig davon müssen wir kontinuierlich an bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Medien, für freien und vielfältigen Journalismus in Presse, Rundfunk und Telemedien arbeiten.

Zeitungsmarkt

Das gilt etwa für den Zeitungsmarkt. Die regelmäßigen Erhebungen zum Zeitungsmarkt NRW auf der Basis Großer Anfragen hier im Landtag haben detailliert herausgearbeitet, unter welchem Druck die Zeitungslandschaft bei uns schon seit längerem stand und steht.

Wir haben starke Lokalzeitungsverlage, die den demokratischen Diskurs prägen. Sie sind auch deshalb so wichtig, weil sie das Lebensgefühl der Region prägen. Daran haben wir auch als Land ein großes Interesse. Es reicht nicht, die Entwicklungen immer nur aus der Hauptstadtperspektive zu begleiten.

Aber die Lokalzeitungsverlage brauchen Rahmenbedingungen, die journalistische und auch wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern.

Von zentraler Bedeutung ist hier auch, dass weiterhin in der Fläche gedruckte Zeitungen verfügbar sind. Die Kosten in der Produktion und im Vertrieb von Zeitungen sind stark gestiegen. Deshalb begrüßen wir es, dass der Bund sich vorgenommen hat, hier zu helfen. Im Plenum habe ich bereits gesagt, dass wir das als Landesregierung unterstützen werden.

Lokalfunk

Der Lokalfunk ist und bleibt ebenfalls ein unverzichtbares Element der Medienvielfalt in unserem Land. Auch im Vergleich zu anderen Ländern, ist er besonders stark lokal ausgeprägt.

Mit der Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ wurden in der letzten Legislaturperiode wichtige Weichenstellungen dafür vorgenommen, dass er wirtschaftlich unabhängig bleibt.

Aber wir wissen, die Radiostrategie ist nicht der Stein der Weisen. Auch deshalb unterstützen wir, dass die Akteure des Lokalfunks – moderiert durch die LFM NRW als staatsferne Institution – eine Strukturanalyse vorgenommen haben, um gemeinsam noch stärker die Potenziale des Lokalfunksystems zu heben. Die Landesregierung kennt die Ergebnisse noch nicht. Sie will aber darüber mit den Akteuren ins Gespräch kommen.

Sie wird sich weiteren gesetzlichen Anpassungen nicht verschließen, wenn dies für eine gute Zukunft des Lokalfunks erforderlich ist.

Überregionale elektronische Medien

Wir haben die elektronischen Medien insgesamt im Blick. Mit dem Medienstaatsvertrag haben wir wichtige Weichen für die Verfügbarkeit und Auffindbarkeit von Medieninhalten gestellt. Aber die Märkte entwickeln sich weiter und mit ihnen auch der Innovationsdruck auf unsere heimischen Medienhäuser.

Mit Spannung blicken wir daher auch auf die Entwicklungen bei RTL in Köln. RTL ist nicht irgendein Unternehmen. Das Unternehmen stärkt den Medienstandort Nordrhein-Westfalen, auch als Auftraggeber im Bereich TV und Film.

Der Landesregierung ist es wichtig, dass das Unternehmen bei uns dafür gute Voraussetzungen hat, auch im regulatorischen Bereich.

WDR

Einen unerlässlichen Beitrag für eine vielfältige Medienlandschaft in Nordrhein-Westfalen leistet auch der WDR. Die öffentliche Diskussion zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist derzeit geprägt durch die Geschehnisse beim RBB und anderen Rundfunkanstalten. Klar ist: Der WDR muss weiter dafür arbeiten, dass die Menschen seine Angebote nutzen. Dafür muss er nicht nur in seiner Berichterstattung glaubwürdig sein, sondern auch als Institution.

Dies sicherzustellen, ist Aufgabe des WDR und seiner Organe. Die Landesregierung wird den WDR unterstützen, indem sie, wo dies geboten ist, erforderliche Rahmenbedingungen nachjustiert.

Wichtige gesetzliche Maßnahmen haben wir mit dem 3. Medienänderungsstaatsvertrag auf den Weg gebracht. Er befindet sich nach Vorunterzeichnung der Landesparlamente aktuell in der Unterzeichnung.

Mit ihm sollen das Auftragsprofil geschärft werden und die Rundfunkanstalten die Möglichkeit erhalten, ihre Angebote nutzergerecht weiterzuentwickeln. Wir haben alle ein Interesse daran, dass der ÖRR seine Hörer und Zuschauer auch erreichen kann.

Die Gremien erhalten als wichtigste Kontrollinstanz der Rundfunkanstalten klare Aufgaben im Bereich des Qualitätsmanagements wie auch der Finanzkontrolle.

Die Menschen vertrauen dem WDR nur, wenn er sorgsam, transparent und wirtschaftlich mit den Rundfunkbeitragsmitteln umgeht. Hierfür müssen alle Beteiligten in den Rundfunkanstalten Sorge tragen und nicht zuletzt die Gremien eine starke und selbstbewusste Rolle einnehmen.

Dies gilt für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt. Darüber sind wir auch mit den Intendantinnen und Intendanten im Austausch, zuletzt vergangene Woche im Rahmen der Rundfunkkommission.

Gemeinnütziger Journalismus

Zu guter Letzt konnten wir in den vergangenen Jahren beobachten, dass sich gerade auch auf lokaler und hyperlokaler Ebene neue journalistische Ansätze entwickeln, die relevante Beiträge zur Medienvielfalt leisten können.

Seit vielen Jahren wird über die Potenziale von gemeinnützigem Journalismus diskutiert. Wir glauben, gerade auf der lokalen Ebene und im fachjournalistischen Bereich kann er die Medienvielfalt stärken. Er ist keine umfassende

Antwort auf die schwierige Situation im Journalismus. Aber punktuell kann er eine Antwort sein.

Mehr Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus ist nicht nur Gegenstand des Zukunftsvertrages von CDU und Grüne für Nordrhein-Westfalen, sondern auch des Koalitionsvertrages der Bundesregierung. Diese ist jetzt am Zug. Die Landesregierung befördert das. Wir haben als Land unsere Vorschläge dazu gemacht.

European Media Freedom Act

Viele Spielregeln, die für die Medien in unserem Land relevant sind, werden durch bundes- oder europarechtliche Vorgaben definiert. So sind faire Wirtschaftsbedingungen wichtige Voraussetzung für einen gesunden Wettbewerb und können damit auch Grundlage für Angebotsvielfalt sein. An vielen Stellen ist es daher auch richtig, wenn Europa über verbesserte Spielregeln nachdenkt.

Das Grundanliegen des European Media Freedom Acts, Medienfreiheit in Ländern wie Polen und Ungarn zu sichern, unterstützen wir voll und ganz. Allerdings kann er Folgewirkungen haben, die uns Sorgen machen sollten.

Allein auf Markt und Wettbewerb ausgerichtete Maßnahmen sind weder geeignet noch ausreichend, um kulturelle Vielfalt zu sichern und Gefahren für die freie Meinungsbildung vorzubeugen.

Medienregulatorische Maßnahmen der Länder sichern dort, wo es erforderlich ist, Vielfalt und Unabhängigkeit unserer lokalen, regionalen und nationalen Medien. Weder die Berechtigung dieser Maßnahmen noch die Zuständigkeit der Länder hierfür dürfen EU-seitig in Frage gestellt werden.

In der letzten Sitzung der Rundfunkkommission hatten wir dazu einen sehr offenen Austausch mit der zuständigen EU-Kommissarin. Zudem hat die Rundfunkkommission zu dem Thema einen weitreichenden und klaren Beschluss gefasst, der durch den Vorsitz auch veröffentlicht ist.

Ich wäre sehr dankbar dafür, wenn wir gerade auch bei diesem Thema parteiübergreifend an einem Strang ziehen, auch mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament.

Bonn Institute

Der Journalismus muss sich im digitalen Wandel auch in seinem Handwerkszeug weiterentwickeln.

Anfang 2022 ist das Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog gestartet. Entgegen mancher Vorurteile geht es hier keineswegs um „Hurra-Journalismus“. Vielmehr hat es sich das Bonn Institute auf die Fahnen geschrieben, gemeinsam mit der Branche gegen die zunehmende Nachrichtenabstinenz zu arbeiten. Im Kern geht es um die Frage, wie Journalistinnen und Journalisten die konkreten Informationsbedürfnisse der Menschen noch stärker in den Blick nehmen können, damit sie auch in Zukunft bereit sind, für Journalismus Geld auszugeben.

Das Land unterstützt das bundeweit einmalige Institut, das staatsfern aufgestellt ist und von der Deutschen Welle, RTL, der Rheinischen Post und vom Constructive Institute getragen wird, mit einer Anschubfinanzierung bis Ende 2023. Wir wollen gemeinsam mit den Medienunternehmen daran arbeiten, dass das Bonn Institute eine langfristige Perspektive hat.

Grimme Institut

Längst etabliert ist das Grimme Institut. Nächstes Jahr im September feiert es seinen 50. Geburtstag. Mit dem Grimme-Preis, dem Grimme Online Award sowie seinen vielfältigen Angeboten in Sachen Medienqualität und Mediendiskurs ist es aus dem Medienland Nordrhein-Westfalen nicht wegzudenken.

Über das gemeinsam mit der Universität zu Köln betriebene Grimme-Forschungskolleg sowie das Center for Advanced Internet Studies (CAIS) ist es zudem gelungen, den Austausch zwischen Medienpraxis einerseits und Wissenschaft andererseits zu stärken.

Im Rahmen der institutionellen Förderung des Landes für das Grimme Institut wollen wir weiter unseren Beitrag dafür leisten, dass es sein Profil weiter schärfen und den Mediendiskurs nachhaltig bereichern kann. In Krisenzeiten ist das wichtiger denn je.

Medienkompetenzförderung stärken

Auch beim Thema Medienkompetenzförderung wollen wir weitere Akzente setzen.

Medienkompetenz ist nicht nur ein Thema schulischer Bildung, sondern existentieller Baustein lebensbegleitenden Lernens.

Als Medienressort haben wir hier in erster Linie alle Erwachsenen im Blick. Mit dem #DigitalCheckNRW haben wir ein Angebot entwickelt, das sehr gut angenommen wird, mit Nutzerzahlen im sechsstelligen Bereich. Er ist inzwischen in Deutsch, Englisch, Türkisch, Arabisch und Russisch verfügbar.

Aber es bleibt viel zu tun, wenn wir alle Menschen erreichen wollen, gleich welchen Alters, welchen Geschlechts, welcher Ausbildung und welcher Herkunft. Es reicht nicht, wenn wir nur die Medienkompetenzexperten im Elfenbeinturm erreichen. Wir müssen sicherstellen, dass wir insbesondere auch Menschen mit einem besonderen Bildungsbedarf ansprechen.

Aus medienpolitischer Sicht ist Nachrichten- und Informationskompetenz von zentraler Bedeutung – auch im Kontext des avisierten Aktionsplans gegen Desinformation.

Hier gibt es bereits Entwicklungen, die ausgebaut werden können: Im Sommer gestartet ist z.B. der NewscheckNRW, eine kostenfreie und kurzweilige Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer zum Thema Journalismus.

Aktionsplan gegen Desinformation

Der Zukunftsvertrag von CDU und Grüne kündigt explizit einen Aktionsplan gegen Desinformation an.

Derzeit identifizieren wir, welche Handlungsfelder hier auf Landesebene im Medienbereich sinnvoll und welche Ressorts hier eng einzubeziehen sind.

Medienpolitisch wird es im Kern wesentlich um Fragen der Medienvielfaltssicherung und der Medienkompetenzförderung gehen, aber auch der Medienregulierung und nicht zuletzt Forschung zum Thema Desinformation.

Veranstaltungen Medienwirtschaft

Wir kümmern uns auch weiterhin um gute Veranstaltungsformate im Medienbereich. Diesen Sommer konnten endlich wieder viele Branchenevents in Präsenz stattfinden, die die ganze Breite und Stärke der Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen gezeigt haben: Vom Global Media Forum über die Gamescom mit dem Gamescom Congress und die Grimme-Preise bis hin zum Film-Festival Cologne.

Die Landesregierung will weiter daran arbeiten, dass sich die Medienwirtschaft bei uns in Nordrhein-Westfalen zuhause fühlt.

Film- und Medienstiftung NRW

Die zentrale Förderagentur in den Bereichen TV-, Film, Games und Webvideo ist und bleibt die Film- und Medienstiftung NRW. Wir werden sie weiter stärken.

Dazu gehört auch, dass wir das Mediennetzwerk NRW mit seinen Vernetzungsangeboten in die Film- und Medienstiftung NRW integrieren. An der Stelle werden wir auch die Bemühungen um Standortvertretung und Standortwerbung intensivieren.

Games

Zudem wollen wir eine neue Förderung von Serious Games und Gamification-Projekten etablieren, zusätzlich zu der sehr erfolgreichen Computer- und Videospieلفörderung, deren Fokus stärker auf Spielen mit Unterhaltungsschwerpunkt liegt. Dabei beziehen wir den neuen Fusion Campus ein. Wir wollen, dass gute Ansätze im Bereich der Gamification noch stärker in andere Branchen und Anwendungsbereiche hineingetragen werden.

Filmförderung

Bei der Filmförderung werden wir uns – neben einer Verstärkung und wenn möglich Erhöhung des Niveaus, sofern es die Zeiten zulassen – dafür einsetzen, dass die Förderkriterien um nachhaltige Arbeitsweisen sowie die Einhaltung sozialer Standards und Diversität erweitert werden.

Schon heute ist es so, dass diese Themen in der Branche einen hohen Stellenwert haben.

E-Sports

Sehr ambitioniert ist der Zukunftsvertrag von CDU und Grüne auch beim Thema E-Sports. Wir setzen uns bei der Bundesregierung dafür ein, dass E-Sports-Vereine als gemeinnützig anerkannt werden können. Wir machen dabei keine Aufteilung in „gute“ und „schlechte“ Computerspiele. Hier muss man sich irgendwann entscheiden, ob man die Gemeinnützigkeit insgesamt will oder nicht. Dazu muss man eine klare Position eingehen. Das tun wir als Landesregierung.

Werte wie Fairness, Teamgeist und Leistungsbereitschaft spielen hier wie im klassischen Sport eine extrem wichtige Rolle.

Dabei ist völlig klar, dass sich der E-Sport weiter professionalisieren kann. Mit der E-Sports-Player-Foundation hier in Nordrhein-Westfalen sind wir in einem guten Austausch über mögliche nächste Entwicklungsschritte.

So wird im Frühjahr 2023 die E-Sports Academy NRW an den Start gehen, wo gezielt junge E-Sportlerinnen und E-Sportler aus Nordrhein-Westfalen Unterstützung erhalten. Auch das Thema Trainerausbildung spielt eine wichtige Rolle.

Fachkräftemangel

Ein großes Thema auch in der Medienbranche ist der Fachkräftemangel. Der Zukunftsvertrag von CDU und Grüne benennt hier im Medienkapitel vor allem das Feld der journalistischen Aus- und Weiterbildung und Nachwuchsgewinnung.

Aber wir schauen hier auf alle Bereiche der Medienwirtschaft, denn unsere Medienunternehmen konkurrieren in vielen Berufsfeldern verschärft um qualifizierte Kräfte.

In der letzten Legislaturperiode hatte ich für den engen Austausch mit der Branche einen Medien-Digital-Beirat eingerichtet. Ein ähnliches Format ist wieder geplant. Dort wollen wir insbesondere auch das Thema Fachkräftemangel aufgreifen.

Schluss

Soweit der Überblick über die medienpolitischen Schwerpunkte der Landesregierung in der 18. Wahlperiode. Ich freue mich auf den konstruktiven Austausch hier im Ausschuss und wünsche mir, dass wir so oft es geht den fraktionsübergreifenden Schulterschluss suchen. Für die Landesregierung biete ich das ausdrücklich an.

Vielen Dank.